

Aachen, den 13.03.2024

Haushaltsrede der GRÜNEN Fraktion Aachen zur Verabschiedung des städtischen Haushalts 2024

Carsten Schaadt, Fraktionsvorsitzender

Unsere Ideologie ist die Wirklichkeit

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Kämmerin,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind in diesem Jahr etwas später dran mit dem Haushalt, es gab viele Unwägbarkeiten und eine Menge zusätzliche Arbeit. Daher möchte ich zuallererst der Kämmerei, Frau Grehling und Ihrem gesamten Team, sehr herzlich für diese Arbeit danken. Sie haben in schwierigen Zeiten einen soliden Haushalt mit deutlich Grün-Roter Handschrift aufgestellt. Die Risiken haben wir im Blick, sie sind überschaubar – und so sehen wir in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt ohne Eigenkapitalverzehr – dafür: herzlichen Dank!

Und ja, die Zeiten sind in der Tat herausfordernd: wir leben in Zeiten des Wandels, der Transformation und des Umbruchs.

Die Corona-Pandemie, Inflation, der völkerrechtswidrige und brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, der hinterhältige und brutale Überfall der Hamas auf Israel – der Gaza-Krieg und nicht zuletzt der menschengemachte Klimawandel, der unsere Existenz bedroht – dies alles rüttelt an unseren Grundfesten und führt zu Verunsicherung.

Die nutzen Rechtsextreme, indem sie unsere Gesellschaft spalten wollen und mit populistischen Parolen versuchen, die Menschen hinter ihren kruden Phantasien und Strategien zu versammeln. Wenn Identitäre, Faschisten und Nationalsozialisten sich zusammenrotten, um über die massenhafte Deportation von Menschen aus unserem Land zu schwadronieren, dann müssen wir als demokratische Kräfte aufstehen und Flagge zeigen. Dann gehen wir hier in Aachen gemeinsam mit 20.000 Bürgerinnen und Bürgern auf die Straßen und setzen ein Zeichen gegen rechts, wie wir es hier im Januar

getan haben und wie wir es auch weiterhin tun werden.

Das allein reicht aber nicht! In diesen Zeiten ist es wichtig, dass wir eine solide Politik machen und vor allem: dass wir Politik gut erklären. Dazu müssen wir als demokratische Fraktionen zusammenstehen – das heißt aber nicht, dass wir den politischen Diskurs vernachlässigen wollen: denn der ist es, der unsere lebendige Demokratie ausmacht.

Den Diskurs führen wir auch gerne einmal hart in der Sache, aber stets voller Wertschätzung für die anderen und deren Argumente. Denn auch wenn wir aus verschiedenen Richtungen auf die Themen schauen, so ist es doch derselbe Antrieb, der uns eint: wir Demokratinnen und Demokraten sind alle hier, weil wir uns für die Oecherinnen und Oecher, für das Gemeinwohl in Aachen einsetzen.

Oder mit Robert Habeck gesagt: „Unsere Ideologie ist die Wirklichkeit!“

Ein weiteres Narrativ der Rechtsextremen ist die Inkompetenzvermutung in Richtung Politik und Verwaltung. Und dies Eine sei vorweggeschickt: natürlich ist nie alles perfekt in Aachen und natürlich passieren auch Fehler – denn nur wer nichts macht, macht auch nichts falsch. Wenn man aber mal hinguckt, was alles in der letzten Zeit gut gelaufen ist, dann verfängt dieses Narrativ eben nicht. Wenn man hinguckt, was wir alles geschaffen haben – gemeinsam: Politik über alle demokratischen Fraktionen hinweg im Schulterschluss mit der Verwaltung!

Nach der Kommunalwahl 2020 sind wir Grünen mit unserer Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen mit einem klaren Leitbild und einem konkreten Plan angetreten, Aachen zu modernisieren und die notwendige Transformation zu gestalten. Seit November 2022 tun wir das in Koalition mit der SPD unter dem Titel „Aachen, Stadt der Teilhabe – klimagerecht, sozial, wirtschafts- und familienfreundlich“ und das mit großem Erfolg.

Zum Nachweis lohnt sich ein Blick über den Tellerrand. Aachen wird in Bund und Land als Vorreiterin der Transformation gesehen. Unsere Repräsentantinnen wie unsere Oberbürgermeisterin werden im Städtetag und in anderen Gremien gefragt „wie macht ihr das in Aachen?“

Als eine von drei Städten aus Nordrhein-Westfalen nehmen wir an der EU-Mission „100 Climate Neutral and Smart Cities“ teil. Mit vielen Akteuren arbeiten wir gemeinsam am Klimastadtvertrag, damit Aachen in naher Zukunft klimaneutral wird. Kürzlich war ich bei einem in Aachen ansässigen Telekommunikations- und Internetunternehmen. Der Geschäftsführer berichtete von deren Strategie „Klimaneutral 2024“ – und dieses Ziel wird diese Firma auch erreichen! Mit Ökostrom, Photovoltaik auf Dach und Carports, Elektromobilität, einem Mobilitätskonzept und sogar eigenen Bienenstöcken. Und die ganze Belegschaft zieht mit Begeisterung mit! Oder: ein Pharmaunternehmen mit Sitz in Eilendorf hat sich auf die Reise begeben, um seine „zero-carbon-strategy“ in Aachen umzusetzen. Als sichtbaren Baustein dieser Strategie werden wir bald ein vier Fußballfelder großes Solarfeld sehen.

Es geht ein Ruck durch die Stadt, durch die Wirtschaft – gemeinsam machen wir uns auf den Weg! Auf Anstrengungen wie diese können wir hier im Rat stolz sein, weil wir sie gemeinsam geschaffen

und unterstützt haben – und wir können als Bürgerinnen und Bürger sehr stolz darauf sein, Teil einer Stadtgesellschaft mit einem derartigen Spirit zu sein!

Politisch haben wir zur Förderung des Wohnungsbaus gemeinsam mit der Verwaltung viele gute Projekte auf den Weg gebracht – wie an der Franzstraße, an der Monheimsallee, an der Burtscheider Brücke, an der Karl-Marx-Allee oder im Wiesental. Das reicht aber nicht:

Aachen braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. Mit einer neuen Wohnungsbaugesellschaft werden wir preiswerten Wohnraum schaffen und diesen auch langfristig bezahlbar halten: Dafür stellen wir die ersten Mittel in den Haushalt ein und werden die weitere Ausgestaltung mit der Verwaltung entwickeln. Aber auch die Gewoge wird weiterhin eine wichtige Rolle auf dem Aachener Wohnungsmarkt spielen und Wohnungen bauen, sanieren und den städtischen Wohnbaubestand verwalten.

Zum wichtigen Themenkreis Schule, Kinder, Bildung und Soziales: Lassen Sie mich vorweg einen Satz zu den Schulsozialarbeit-Stellen sagen. Es ging ja ein Sturm der Entrüstung durch die Ausschüsse und die Medien. Das ist eigentlich auch ein schönes Beispiel dafür, worüber ich am Anfang meiner Rede gesprochen habe: Lassen wir uns doch bitte nicht auseinanderdividieren und bleiben wir bitte bei den Fakten: Die Anforderungen an gute Bildung verändern sich. Inzwischen bereichern multiprofessionelle Teams aus Schulpsychologinnen, Berufsberatern, Schulbegleitern, Schulsozialarbeiterinnen und vielen mehr unsere Schullandschaft. Dieses Mosaik, mit dem wir vor 20 Jahren begonnen haben, hat sich laufend um weitere Mosaiksteine erweitert – inzwischen sind es bereits 50 Sozialarbeiter*innen. Deshalb brauchen wir eine Neukonzeption: Wir brauchen das große Bild, und Schulsozialarbeit ist ein Baustein darin. Wir haben politisch im Stellenplan einen Zuwachs von zwei Stellen beschlossen. Damit ist weiterhin jede Schule mit Schulsozialarbeit versorgt und dringende Bedarfe werden gedeckt.

Wenn wir von der Verwaltung im Laufe des Jahres den Blick auf das große Ganze bekommen haben, werden wir die weiteren Weichen stellen. Damit unterstützt die grün-rote Koalition die Arbeit dieser multiprofessionellen Teams, inklusive der Schulsozialarbeit.

Tatsächlich übernehmen wir hier bewusst auch Finanzierungsaufgaben aus Land und Bund, um diese wichtigen sozialen Aufgaben fortzuführen. Das sind Investitionen in die Zukunft.

Wie übrigens auch im Sozialbereich: Das „Querbeet“-Projekt stützen wir trotz reduzierter Fördermittel weiterhin, denn es bietet Menschen in äußerst prekären Lebenssituationen einen Weg, ein paar Stunden ihres Lebens in strukturierter Umgebung sinnstiftend zu verbringen. Auf gleiches zielt das Projekt Housing First ab, das wir grundfinanziert haben und das wir in Zusammenarbeit mit der Verwaltung im Laufe dieses Jahres weiterentwickeln werden. Ein Obdach zu haben, sich zuhause fühlen zu können – egal wie schwierig die äußeren und auch die inneren Lebensumstände sind – das ist die Grundvoraussetzung für alle Menschen, um in unserer Gesellschaft wieder Fuß fassen zu können.

Zurück zur Bildung – frühkindliche Bildung ist das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Schon früh haben wir mit dem Aachener Modell „Quereinstieg in die Kitaarbeit“ einen Lösungsvorschlag in die Diskussion eingebracht.

Wir müssen pragmatischer sein und neue Wege finden, um dem Personalnotstand in unseren Kitas zu begegnen. Nun hoffen wir, Modellkommune zu werden und diesen neuen Weg auszuprobieren, zum Wohl der Kinder, von Müttern und Vätern, und dem Kita-Personal. Auch hier muss aber die Finanzierung, zusammen mit dem Land, gelingen – für unseren Teil haben wir gesorgt.

Wir stellen uns dem Strukturwandel in der Innenstadt und haben die nötigen Programme aufgesetzt. Innenstadtmorgen und Ladenliebe sind erfolgreich und haben zu neuen Vermietungen und Ansiedlungen geführt.

Die Verkehrskonzepte werden klima- und menschenfreundlich angepasst, Bäume und Wasser, Spiel- und Freiflächen werden mitgedacht – all dies sind geeignete Maßnahmen, um unsere Innenstadt wieder attraktiver zu machen. Das Gutachten des ersten dauerhaften Bürger*innenrats in Deutschland bestätigt uns auf diesem Weg. Aachen ist im Wandel und verändert sich. Und genau dieser Wandel bietet neue Chancen, nämlich: dass die Stadt schöner und liebenswerter wird.

Mit diesem Ziel fest vor Augen – und mit unserem guten Plan – begleiten und steuern wir den Wandel mit Mut und Freude.

Das Haus der Neugier wird ein weiterer wichtiger Baustein sein, um diesen Wandel aktiv zu gestalten. Es wird wieder mehr Menschen in die Innenstadt bringen, positiv ins Quartier strahlen und so private Investitionen auslösen. Es wird ein so genannter "dritter Ort" sein.

Ein Ort, den ich in meiner Freizeit aufsuche, weil ich dort lernen, spielen, Kaffee trinken, Zeitung lesen, ein Buch ausleihen, Kultur erleben oder einfach andere Menschen treffen kann – ohne zwangsweise konsumieren zu müssen – ein inklusiver, niedrigschwelliger Ort – ein Geschenk an alle Oecherinnen und Oecher und sicher auch ein Magnet für die vielen Touristen, die unsere schöne Stadt so schätzen!

Mit unserem Antragspaket haben wir die Weichen für die Entwicklung des Hauses der Neugier im ehemaligen Haus Horten gestellt und gleichzeitig eine Richtungsentscheidung für den Verkauf des Bushofs getroffen. Wir lösen also zwei große Knoten in einem Zug und sind so auch mutig, wie es Julia Brinner in ihrer Haushaltsrede im vergangenen Jahr ankündigte. Wir sind aber auch solide, weil wir bei diesen Projekten sehr auf die Kosten und auf eine flexible, nachhaltige Bauweise achten werden.

Diese "neuen Orte" funktionieren: Die Stadt hat mit dem Büchel bereits einen neuen Puls, der verlässlich schlägt. Auch das haben alle Fraktionen gemeinsam geschafft – wir sind stolz darauf, dass Kommunalpolitik in Aachen derart im Miteinander gelingen kann. Dieses Miteinander wünschen wir uns auch für das Haus der Neugier, für die Entwicklung des Bushofareals, für die Entwicklung der

östlichen Innenstadt und für unsere weiteren großen Projekte.

Die Bezirke haben wir ebenfalls fest im Blick: laufende Prozesse unterstützen wir und optimieren dort, wo es notwendig ist. In Eilendorf stoßen wir gerade eine großartige Entwicklung für Wohnen und Sport im Quartier an – viel Potenzial heben wir gerade auch in Richterich und bereiten den Bezirk mit einer Gesamt-Rahmenplanung auf die Entwicklungen an Dell und Roermonderstraße vor. Das ISEK Haaren befindet sich auf den letzten Metern, das ISEK Forst Schönforst Driescher Hof bringen wir auf den Weg – jetzt schon mit einer außergewöhnlichen Beteiligung der Bürger*innen.

Um den Verkehr neu zu lenken, haben wir mit dem Innenstadtmobilitätskonzept wichtige Grundlagen geschaffen. So wird unser Zentrum entlastet vom Durchgangs- und Parksuchverkehr, der auch heute schon niemandem Freude bereitet. Parkende KfZ gehören ins Parkhaus und weniger an den Straßenrand. So entstehen neue Flächen, Begegnungsräume für die Menschen in dieser Stadt. Weniger Lärm, bessere Luft, mehr Sicherheit für Kinder, Seniorinnen, Fußgänger und Radfahrerinnen – das ist Wandel, der unsere Stadt für alle attraktiver macht.

Die Innenstadt ist – erstaunlicherweise! – nach wie vor gut erreichbar – allen Unkenrufen zum Trotz! Das zeigt etwa der Weihnachtsmarkt mit fast 1,4 Mio. Gästen. Der Katschhof ist vom Frühjahr bis Herbst immer belebt, die Gassen der Altstadt sind voll. Kultur spielt dabei eine wichtige Rolle: Nicht nur die städtischen Bühnen mit neuer Intendanz bieten kulturelle Erlebnisse auf höchstem Niveau. Auch und gerade die starke und anwachsende finanzielle Förderung der freien Kulturszene, die wir fest im Haushalt verankert haben, sorgt für die Belebung der Innenstadt und der Bezirke – Stichwort Stadtglühlen – und verschafft ungewöhnliche Kulturerfahrungen: niedrigschwellig und vielfältig.

Windenergie – der Teilflächennutzungsplan ist fast durch die Tür! Ein wichtiger Meilenstein für das Repowering und den Ausbau der Erneuerbaren Energien, ohne die die Energiewende, der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern fast undenkbar ist.

Der neue Landschaftsplan: läuft – auch dank der guten Kooperation hier im Rat. Das ist eine gute Nachricht für den Klimaschutz und den Schutz der Artenvielfalt. Wir vervierfachen die Flächen für den Naturschutz im baulichen Außenbereich! Und wir bauen zusätzlich Brücken zwischen Landwirtschaft und Naturschutz und führen den Nachweis, dass Ackerbau auch im Naturschutzgebiet wirtschaftlich möglich ist.

Auch das Problem der Straßenbäume, die zunehmend den heißen Sommern zum Opfer fallen, gehen wir wirkungsvoll an: seit Anfang des Jahres ist die neu gegründete, gut ausgebildete Baumkolonne des Stadtbetriebs unterwegs und sorgt dafür, dass unsere Straßen auch in Zeiten der Klimaerhitzung grün bleiben.

Die Verwaltung haben wir zukunftsfähig aufgestellt. Mit der Optimierung der Strukturen sorgen wir dafür, dass die Verwaltung auch weiterhin effizient und effektiv im Sinne der Bürgerinnen und Bürger arbeiten kann. So im Fachbereich 45 – Kinder und Jugend sowie Schule – und in den Fachbereichen

Stadtentwicklung und Mobilität. Digitalisierung als Querschnittsaufgabe erhält ein besonderes Augenmerk dadurch, dass der neue Fachbereich 15 gerade im Aufbau begriffen ist und arbeitsfähig wird. Neue Aufgaben brauchen neue Strukturen.

Meine Damen und Herren. Die Liste der Projekte, die ich noch aufzählen könnte, ist lang – die Redezeit jedoch begrenzt. All die erwähnten Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus all den Projekten, die wir stützen, die wir nach vorne bringen, damit der Wandel in unserer Stadt gut gelingt.

Der Wandel, der notwendig ist, damit die Gesellschaft zusammenbleibt. Dafür schaffen wir den Rahmen. Das ist die Richtung, die wir auch in diesem Haushalt gemeinsam mit unserer Koalitionspartnerin, der SPD, vorgeben: Wir machen Aachen resilient für die zukünftigen Herausforderungen!

Wir schaffen eine Stadt, in der sich die Menschen gut aufgehoben fühlen, in der sie gerne wohnen, arbeiten und unterwegs sind. Damit entziehen wir den Spaltern den Nährboden. Denn wenn das gut funktioniert, werden viele Menschen, die sich aus Wut oder Orientierungslosigkeit im Moment undemokratischen Kräften zuwenden, wieder den Weg in die demokratische Mitte der Gesellschaft finden.

Verhaken wir uns also nicht, sondern haken wir uns unter und gehen den eingeschlagenen Weg gemeinsam weiter. Die konstruktive und sachliche Kritik der Opposition ist uns dabei ein wertvoller Beitrag im Diskurs, den wir im Ringen um die besten Lösungen brauchen. Die Dinge, die wir in diesen Zeiten tun, sind größer und wichtiger als ein kurzfristiger Erfolg in einer Debatte: es geht um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt, der Oecherinnen und Oecher, um das Gemeinwohl und den Zusammenhalt in Aachen!

Vielen Dank!

Haushaltsrede Michael Servos 2024

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

"Es gibt einen chinesischen Fluch, der da lautet: 'Möge er in interessanten Zeiten leben.' Ob wir es mögen oder nicht, wir leben in interessanten Zeiten." Diese Worte von Robert F. Kennedy, ausgesprochen am 6. Juli 1966 an der Universität von Kapstadt, treffen auch heute auf uns zu.

Wir stehen vor gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, die uns teilweise seit Jahren auf die Probe stellen. Die jüngsten Ausschläge des Infektionsgeschehens haben uns erneut vor Augen geführt, dass die Auswirkungen der Coronapandemie noch immer präsent sind. Jeder Zehnte war oder ist zeitweise mit einer akuten Atemwegsinfektion außer Gefecht gesetzt. Die Belastungen der Corona-Hochphasen sind ungleich verteilt und belasten vor allem diejenigen, die ohnehin schwere Lasten tragen.

Die PISA-Studie des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass Kinder und Jugendliche in bedrückender Weise unter den Auswirkungen der Lockdowns leiden. Diese Generation von SchülernInnen trägt keine Schuld an den aufgedeckten Defiziten, aber sie muss mit den gravierenden Folgen in Bildung, Kommunikation und Bewegungsfähigkeit umgehen.

Auch die Wirtschaft hat den Kampf gegen COVID-19 noch lange nicht gewonnen. Personalengpässe aufgrund von Krankheitswellen und unüberwindbare ökonomische Schäden belasten unsere Unternehmen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert bereits zwei Jahre an und hat über das viele menschliche Leid hinaus auch zu einer Explosion der Energiepreise und Inflation geführt. Unsere Solidarität mit der Ukraine bleibt verlässlich und wir erinnern uns mit Dankbarkeit und Stolz an den Besuch von Wolodymyr Selenskyj bei der Verleihung des Karlspreises im letzten Jahr.

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober beobachten wir mit großer Sorge die weitere Zuspitzung des Konflikts im Nahen Osten, der in diesen Tagen des Ramadans noch weiter zu eskalieren droht.

Die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 und die jüngsten Starkregenwarnungen zeigen uns deutlich, dass der menschengemachte Klimawandel eine existenzielle Bedrohung darstellt. Die Transformation unserer Wirtschaft und der klimaresiliente Umbau unserer Städte sind Mammutaufgaben, die vor den Schrecken des Weltgeschehens zu verblassen drohen.

Um all den Aufgaben, vor denen wir auf kommunaler Ebene stehen, gerecht zu werden, brauchen unsere Städte und Gemeinden eine bessere finanzielle Ausstattung. Von der dafür zuständigen nordrhein-westfälischen Landesregierung kommt dazu leider nichts.

Es gibt keine strukturelle Lösung für Finanzierungssorgen der Kommunen. Stattdessen täuscht die Landesregierung mit Placebo-Lösungen und Buchhaltungstricks über diesen Notstand hinweg. Mehr noch: Sie blockiert beständig eine dringend notwendige, echte Altschuldenlösung.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt 2021 hat der Republik darüber hinaus eine gewaltige haushalterische Aufgabe mit auf den Weg gegeben, deren Auswirkungen wir auch vor Ort spüren und noch weiter spüren werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe kein Verständnis dafür, dass das dann auch noch in unangemessener Weise von den Oppositionsfraktionen des Bundestages bejubelt wird. Als Kommunalpolitiker fühle ich mich verhöhnt.

Mit einer großen Kraftanstrengung der Ampelfraktionen zum Nachtragshaushalt und dem Aussetzen der Schuldenbremse für 2023 konnte der größte Schaden abgewendet werden. Doch gibt es auch für 2024 offene Fragen und sicherlich nicht weniger Herausforderungen.

Wir sind alle Menschen und wir brauchen so dringend eine Atempause zwischen den vielen schlechten Nachrichten.

Wir sind erschöpft. Wir sind zermürbt. Zuversicht weicht Verunsicherung.

Am Samstag konnte man in der Aachener Zeitung den Artikel "Der Böse Geist von Weimar" lesen, der dieses Problem hervorragend umrissen hat. Algorithmen binden immer größere Teile der Bevölkerung in den Echokammern ihrer vorgefassten Meinungen. Die mangelnde Kommunikationsfähigkeit macht unsere Demokratie verwundbar.

Und genau diese Situation machen sich nun Akteure der sogenannten "Alternative für Deutschland" zu Nutze. Sie kommen aus ihren Löchern und knüpfen ohne Scham an ein Gedankengut an, das zur dunkelsten Geschichte unseres Landes gehört.

Ich kann nicht beschreiben, wie stolz, wie dankbar ich bin, dass die Aachenerinnen und Aachener hier klare Kante gezeigt haben. Sie sind zu Tausenden auf die Straße gegangen, um sich schützend vor die Menschen in unserer Stadt stellen, die von rechtem Gedankengut bedroht sind und haben ihnen zugerufen: Ihr gehört zu uns!

Und doch leben wir eben nicht in einer Zeit der guten Nachrichten. Wir leben in einer Zeit der großen und andauernden Herausforderungen.

Für uns als Rat der Stadt Aachen ist dies nicht die Zeit, in der wir resignieren. Für uns als Rat sind es Zeiten, in denen wir respektvoll und zielgerichtet, konstruktiv und natürlich auch kritisch zusammenstehen.

Und Sie erlauben mir, hier parteipolitisch zu werden: Es liegt schon immer im Kern unserer sozialdemokratischen DNA nicht aufzugeben, sondern die Aufgaben unserer Zeit an- und Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn es schwer ist und auch, wenn man durch die Verantwortung nicht leicht parteipolitisch profitieren kann.

Betrachten wir den städtischen Haushalt für das Jahr 2024, so ist die finanzielle Situation äußerst angespannt. Die Kämmerin hat bereits vor der Einbringung des Planentwurfs drastische Maßnahmen ergriffen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu ermöglichen.

Für diese Kärnerarbeit möchte ich Ihnen, liebe Frau Grehling, und Ihrem gesamten Team im Namen der SPD-Fraktion meinen herzlichen Dank aussprechen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hier vor Ort geht es darum, Politik für die Menschen - für die Aachenerinnen und Aachener - zu machen. Dabei geht es mir nicht primär um die sogenannte "Stadtgesellschaft", also die Menschen, die über die Zeit und die rhetorischen Fähigkeiten verfügen, an Workshops, Schulterblicken und Spaziergängen teilzunehmen.

Meiner Fraktion und mir geht es vor allem um die Menschen, die jeden morgen aufstehen und ihren oft nicht einfachen Alltag mit Familie, mit Beruf, mit Ehrenamt aufs Neue angehen. Uns geht es um die Menschen, die eine gute Zukunft für ihre Töchter und Söhne wollen, für die jeder Kita-Streik und jede Stunde, die in der Schule ausfällt, eine wahnsinnige Herausforderung ist, die das aber hinkriegen und die Kinderbetreuung, Jobs und Pflege der Eltern unter einen Hut kriegen, die sich jeden Tag zerreißen, weil sie die feste Überzeugung haben, dass es für ihre Familie, ihre Freunde und Verwandten unendlich wichtig ist.

Das sind die Menschen, deren wichtige Bedürfnisse für uns im Mittelpunkt stehen: Soziale Absicherung, Wohnen, Bildung und Gute Arbeit.

Folgerichtig sind sie auch die Antriebsfeder unserer Anpassungen des diesjährigen Haushaltsplanes.

Es ist uns als Koalition gelungen, diese Ziele in einem seriösen und belastbaren Haushalt in Einklang mit der Absicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit zu bringen.

1. Die finanzielle Absicherung des sozialen Netzes.

Wenngleich es komplexer und schwieriger geworden ist, haben wir die Anträge der freien Träger in weiten Teilen übernehmen können und so den Fortbestand dieser wichtigen Angebote gesichert.

Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen haben wir innerhalb der 69 Mio. €, die über das IKSK im Haushalt stehen, in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf Projekte gelegt, die es Menschen mit geringeren Einkommen ermöglichen, zum Schutz unseres Klimas beizutragen.

Auch bei den Angeboten zur Obdachlosenhilfe und Suchthilfe haben wir unseren Anteil geleistet und den Fortbestand gesichert. Ich möchte an dieser Stelle allerdings sagen, dass mich das Verhalten der StädteRegion, die sich hier aus der Verantwortung zieht, sehr betroffen gemacht hat. Wenn ein gutes Projekt, das suchtkranken Menschen hilft, Schwierigkeiten mit der Finanzierung hat, erwarte ich von der Gebietskörperschaft, an die wir das Gesundheitsamt abgegeben haben, mehr als Allgemeinplätze und Blockade. Die Suchtkranken in unserer Region erwarten genauso wie die von den Begleiterscheinungen betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zurecht mehr von Politik und Verwaltung als ein Schulterzucken. Sie erwarten, dass wir in Stadt und StädteRegion hinsehen und gemeinschaftlich Lösungen finden!

2. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in ausreichender Menge.

Die Frage des preiswerten Wohnraums für alle, die Frage, ob sich alle das Wohnen in unserer Stadt leisten können, ist die vielleicht wichtigste soziale Frage, die wir beantworten müssen.

Wir haben schon seit Jahren in verschiedenen Konstellationen starke Maßnahmen auf den Weg gebracht, die langsam ihre Wirkung entfalten. Von Quotenbeschluss, über Bodenvorratsplanung und Baulückenprogramm zum Handlungskonzept Wohnen. Wir verfügen über einen reichlich bestückten Werkzeugkasten und können doch hiermit das Problem immer noch nur in Teilen lösen. Mit diesem Haushalt fügen wir ein weiteres, extrem wichtiges Instrument hinzu: Mit der beabsichtigten Gründung einer Städtischen

Wohnungsbaugesellschaft, für die erstmals Mittel im Haushalt stehen, erhoffen wir uns - gegen alle Widerstände - einen substantiellen Beitrag zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum zu erreichen.

Wenn es andere nicht tun, dann bauen wir eben selber!

3. Kinder und Familien stärken und entlasten.

Die erhebliche Entlastung von Familien mit unteren und mittleren Einkommen, die wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, ist mit dem neuen Kita- und Schuljahr wirksam geworden. Dadurch wurde bei vielen Familien erheblich Druck vom Kessel genommen. Die 2,5 Mio.€, die wir hier jährlich in die Hand nehmen, führen dazu, dass erstmals die Hälfte aller Familien keine Kita-Gebühren mehr zahlen, weitere 10% nur den halben Betrag.

Nie aus dem Blick verlieren wir dabei die Qualität und Zuverlässigkeit der Betreuung. Über eine Viertelmillion Euro ist beispielsweise im Haushalt für das Verwaltungskräfteprogramm verankert, das pädagogische Fachkräfte - ähnlich wie der Einsatz von Küchenkräften - entlastet.

Auch der Kita-Ausbau schreitet voran. 23 Mio. € sind hier für die Kitas Gartenstraße, Luisenhöfe, Breitbenden, Haaren Mitte, Richterich, Schagenstraße, Kaiserstraße und Burghöhenweg eingeplant.

Gleiches gilt für den Bereich Schule, wo 71 Mio. € für Schulausbauten und Sanierung und weitere 44 Mio. € bisher noch auf der §13-er Liste festgeschrieben sind.

Und an dieser Stelle möchte ich dann auch den Bereich Schulsozialarbeit nicht aussparen und aus der Expertenanhörung des Landtags NRW zum Thema zitieren:

Die Schulsozialarbeit liegt “ganz klar in der Landesverantwortung [..]. Das ist keine kommunale Aufgabe, sondern eine Landesaufgabe. Die Kommunen nehmen diese Aufgabe zwischenzeitlich aus der Not heraus – weil es nicht anders geht – wahr. Wenn die Kommunen es nicht machen würden, käme vielerorts ein geordneter Schulbetrieb zum Erliegen.”

Wenngleich wir also hier über eine Aufgabe sprechen, die das Land den Kommunen vor den Füßen liegen lässt, und auch wenn unsere eigene Verwaltung ausgeführt hat, dass der aktuelle Bedarf mit den schon im Entwurf des Stellenplans enthaltenen Kapazitäten gedeckt werden könne, haben wir zwei Reservestellen eingerichtet, weil wir den Schulleitungen glauben und auch aus eigener Erfahrung den Bedarf erkennen.

Um nachhaltig feststellen zu können, wo und wie viele Stellen tatsächlich eingerichtet werden müssen, haben wir die Verwaltung beauftragt, bei allen Schulen genau hinzuschauen, nicht nur bei denen, die besonders engagiert sind und sich proaktiv gemeldet haben.

Es ist naturgemäß leicht, als Opposition mehr zu fordern. Es ist naturgemäß viel schwieriger, als tragende Partei der Landesregierung erstmal die eigenen Hausaufgaben zu machen.

Es ärgert mich, dass der grundfalsche Eindruck erweckt wird, als wäre die Schulsozialarbeit reduziert worden, als würden wir an Kindern und Jugendlichen sparen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mitnichten der Fall. Wir sparen nicht, wir bauen weiter aus.

4. Innenstadt und Wirtschaft

Hier verstetigen wir mit dem heute zu verabschiedenden Haushalt insbesondere die erfolgreichen Belebungsprogramme aus dem letzten Jahr. Für das Programm Start-Up-City haben wir die Mittel für die Konzeptionsphase mehr als verdoppelt. Darüber hinaus ermöglicht der Haushalt erstmals den Ankauf von leerstehenden Kaufhaus-Immobilien, was uns die Chance gibt, sinnvolle Nachnutzungen anzusiedeln. Eine Initiative, die die logische Folge aus dem Fokusjahr Adalbertstraße darstellt.

Auch die Digitalisierung schreitet mit großen Schritten voran. Für die Jahre 2025-27 sind 76 Mio. € im Bereich IT abgebildet. 50 Mio.€ kommen für den Gigabit-Ausbau hinzu.

Im Sportpark Soers gilt es, die PS, die wir durch Fördermittel frei Haus geliefert bekommen haben, auf die Straße zu bringen und in echte

Pferdestärke umzuwandeln. Es ist essentiell, dass es uns gelingt, bis zur Reit-WM 2026 startklar zu sein!

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei unserer Abgeordneten Ye-One Rhie bedanken, die in Berlin erfolgreich für eine weitere Förderung von 6 Mio. € für die Reit-WM in diesem und den folgenden Jahren gekämpft hat.

Und dann der Elefant im Haushalt. Das größte Einzelprojekt in der Geschichte unserer Stadt: Die Umgestaltung des Quartiers um Bushof, ehemaliges Kaufhaus Horten und Stadtbibliothek: Meine Fraktion hat lange mit dem Projekt Haus der Neugier bzw. dessen Standort gerungen. Nicht, weil es sich nicht um ein herausragendes Projekt handelt, das auf vielen Ebenen positive Entwicklungen mit sich bringen wird, sondern weil die Entwicklung des jeweils abgelegten Standortes große Schatten geworfen hat. Weil die Finanzierung unklar schien. Weil wir uns Gedanken über die vernünftige Einplanung in die vielen, vielen anderen städtischen Aufgaben gemacht haben. Es war offensichtlich, dass man mit "Ich will aber." nicht durch die Tür kommt, wenn man einen jährlichen, zweistelligen Millionenbetrag in den Haushalt einsteuern muss.

Ende 2022 haben wir angefangen, für unsere Stadt eine Ermöglichungskultur zu etablieren. Und seitdem tragen wir eine Verantwortung des Möglichmachens. Wir haben die Aufgabe, überall dort, wo es Chancen gibt, Dinge voranzubringen, Freiräume auszuloten, Kompromisse zu finden oder die Wirtschaft unserer Stadt zu unterstützen.

Das nun von uns als Koalition beantragte Junktim der Idee des Hauses der Neugier mit der Schaffung eines neuen Wohnquartiers auf dem Gelände des Bushofs und der Stadtbibliothek ist eine solche "Ermöglichung". Viele Zweifel sind aufgelöst und ich freue mich sehr, dass dadurch nun beides machbar scheint.

Ja, es gibt noch Hürden auf dem Weg zu einer erfolgreichen Umsetzung. Aber wir sind fest entschlossen, diese Hürden zu überwinden, und ich weiß, dass wir am Ende erfolgreich sein werden.

Das Projekt unter dem zugegeben sperrigen Namen „Wohnen, Bildung, Innenstadt“ verknüpft die vier Schwerpunktthemen, für die wir Politik machen, idealtypisch miteinander:

Aufstieg durch Bildung, Belebung der Innenstadt, des Einzelhandels, der Gastronomie, Raum für Jugendliche und Familien, endlich eine Innenstadtkita und bezahlbarer Wohnraum mitten im Zentrum.

Die gemeinsame Entwicklung von Horten, Stadtbibliothek und Bushof ist die dringend erforderliche Adrenalinspritze ins Herz unserer Stadt.

Aber können wir uns das denn leisten?

Die Frage muss lauten: Können wir es uns leisten, es nicht zu tun?

Natürlich werden wir erhebliche Einsparungen vornehmen müssen - auch in Bereichen, in denen es weh tun wird. Aber diese Aufgabe gehört zum politischen Gestaltungsauftrag. Wir werden die erforderlichen Mittel bereitstellen und wir werden dazu andere Ausgaben reduzieren oder streichen.

Gleichzeitig werden wir bei der Umsetzung sorgfältig, zügig und zielorientiert arbeiten. Wir werden ermöglichen, was möglich ist, und uns gleichzeitig davor hüten, das Projekt mit immer größeren Anforderungen zu überladen, die am Ende nur Enttäuschungen erzeugen.

Eine Hängepartie können wir uns nämlich wirklich nicht leisten und ich möchte keinen Preis für die „schönste unverwirklichte Idee“ gewinnen.

Die politische Begleitung dieses Prozesses durch die Ausschüsse des Rates haben wir angestoßen und wir laden Sie alle ein, daran teilzuhaben.

Zurück zu Robert F. Kennedy und seiner Rede von 1966 in Kapstadt. Er schloss damals mit den Worten: „Es sind Zeiten der Gefahr und Unsicherheit, aber sie sind auch die kreativsten aller Zeiten in der Geschichte der Menschheit. Und jeder hier wird letztendlich daran

gemessen werden – wird letztendlich sich selbst beurteilen –, wie viel Mühe er [...] geleistet hat und inwieweit seine Ideale und Ziele diese Bemühungen geprägt haben.”

In diesem Sinne werbe ich dafür, dass wir gemeinsam daran arbeiten, unsere Stadt durch diese Zeiten zu lenken.

Meine Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt und den in den Ausschüssen fast überall einstimmig beschlossenen Änderungen zustimmen. Ich freue mich, wenn Sie dies auch tun.

Vielen Dank!

Haushaltsrede 13.03.2024

Iris Lürken

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Haushalt lief es bis 2022 richtig gut. Die Wirtschaft war dabei, sich aus dem Griff der Pandemie zu befreien, die Gewerbesteuer sprudelte.

Als CDU haben wir Verantwortung für einen Haushalt übernommen, der nicht nur Stabilität versprach, sondern auch auf die Herausforderungen des Klimawandels eine Antwort lieferte. Zusammen mit den Menschen, nicht mit der Brechstange. So lautete auch unsere Überschrift:

„Solide Finanzen für die Zukunftsaufgaben in Aachen“.

Und so verstehen wir als CDU auch unser Handwerk. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Ein Überschuss von mehr als 65 Mio. Euro. Dieser Überschuss rettet uns heute.

Der Haushalt 2024 hat die Milliardengrenze deutlich überschritten. Bei diesem Volumen die Fäden beisammenzuhalten, erfordert eine unglaubliche Kraftanstrengung und viel Fingerspitzengefühl. Hierfür danken wir unserer Kämmerin Annekathrin Grehling und ihrem Team, die erneut in bemerkenswerter Sorgfalt dieses Mammutwerk eingebracht hat.

Heute aber hat uns die grün-rote Ratsmehrheit einen veränderten Haushaltsentwurf vorgelegt. Das Ergebnis:

In den kommenden 4 Jahren liegt das Defizit bei über 250 Mio Euro. Grün-Rot gibt also 250 Mio. Euro mehr aus, als wir tatsächlich haben. Um das auszugleichen, müsste jeder Mensch in Aachen rund 1.000 Euro in die Stadtkasse einzahlen. Wir hätten nicht gedacht, das Grün-Rot es in so kurzer Zeit schafft, unsere solide Grundlage so vor die Wand zu fahren.

Dabei hat uns doch gerade die Corona-Pandemie gelehrt, rechtzeitig für Krisen vorzusorgen. Und Krisen haben wir ja mehr als genug. Der Krieg in der Ukraine ist noch lange nicht vorbei. Auch der grausame Angriff auf Israel hinterlässt tiefe Kerben. Die Auswirkungen dieser Krisen werden wir noch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten spüren. Auf Hilfe vom Bund können wir da offensichtlich auch nicht hoffen.

Doch statt vorzusorgen, werden mit dem aktuellen Haushaltsentwurf alle – aber auch wirklich alle – haushaltsrechtlichen Register gezogen, um überhaupt damit durch die Tür zu kommen.

Wenn man das so macht, darf man sich nicht wundern, wenn die nächste kleine oder große Krise, das ganze Kartenhaus zum Einsturz bringt. Eigentlich braucht es dafür nicht mal eine Krise – es reicht schon aus, wenn wir die vielen offenen Personalstellen in der Verwaltung auch nur ansatzweise besetzen. Und dieses Ziel haben sich doch Verwaltung und Fraktionen gleichermaßen gesetzt. Oder waren das nur Lippenbekenntnisse?

Wenn man die Stadt verändern will, braucht es ein klares Bild von dem, was man möchte.

Wir möchten, dass die Menschen sich in Aachen wohl fühlen. Dafür braucht es eine lebendige Innenstadt mit einem gesunden Mix aus Einzelhandel, Gastronomie, Wohnen und Aufenthaltsqualität. Sicherheit und Sauberkeit sollten selbstverständlich sein. Aachen ist das Oberzentrum der Euregio und muss sich auch dementsprechend präsentieren. Dazu braucht es neben Dom, Rathaus und Aachener Printen, vor allem eine gute Erreichbarkeit. Nicht nur in der Innenstadt, sondern im gesamten Stadtgebiet muss man komfortabel und einfach von A nach B kommen – mit dem Verkehrsmittel seiner Wahl. Und natürlich stellt sich die Frage der Parkplätze nicht nur für Besucherinnen und Besucher, sondern gerade auch für Anwohner.

Wir hatten gehofft, dass diese Vorstellung für Aachen von einer breiten Mehrheit getragen wird. Doch Sie vernachlässigen sträflich die dringend notwendige Schaffung von Alternativen zum eigenen Auto. Denn warum sonst sollte die grün-rote Ratsmehrheit gerade die Mittel für den ÖPNV um rund 20 Mio Euro reduzieren, das Gutachten zum Busnetz in der Schublade vergammeln lassen, keine einzige Kreuzung verkehrssicher umbauen, den Ausbau von funktionierendem Park&Ride ignorieren und keine Quartiersgaragen bauen. Stattdessen werden Straßen mit Pollern blockiert, ein barrierefreier Marktliner nicht weiterverfolgt und die Anwohner durch hohe Gebühren fürs Bewohnerparken geschröpft. Waren die Schaffung von Alternativen zum eigenen Auto für Sie nur Lippenbekenntnisse?

Tagtäglich wächst der Frust der Anwohner, Händler und Gastronomen sowie der Besucher über aggressives Betteln und Verunreinigungen. Der Leerstand in den einst renommierten Einkaufsstraßen lässt sich eben nicht mit vertrockneten Pflanzkisten, lieblosen Spielcontainern und zugeklebten Schaufensterscheiben beseitigen. Statt Innenstadt Morgen und Innenstadt Abend gibt es eigentlich den ganzen Tag nur Trübsal. Während Aachen früher mit sprudelnder Vielfalt werben konnte, baden heute leider wohnungslose Menschen in den Brunnen. Das macht betroffen. Es gibt immer noch kein ausreichendes Konzept, wie man diesen Menschen helfen kann. Warum gibt es in Aachen immer noch kein „Housing First“, obwohl unser Antrag aus dem Jahr 2022 von allen Fraktionen begeistert aufgenommen wurde? Also auch wieder nur ein Lippenbekenntnis?

Auch wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnraum und auch wir wollen Klimaneutralität. Wir stehen zu unseren Aussagen und unseren Versprechen. Man muss sich hier aber auch ehrlich machen und keinen Wunschträumen nachhängen.

Bis 2030 werden wir es trotz aller Bemühungen höchstens schaffen, auf dem Papier klimaneutral zu werden. Diese Erkenntnis ist offensichtlich auch bei der grün-roten Ratsmehrheit angekommen, auch wenn sie sich noch nicht traut, dies auszusprechen. Das werden wir gleich beim Tagesordnungspunkt IKSK wieder erleben.

Wir sind uns alle einig, dass die Sanierung von Wohnungen die größten Auswirkungen auf unseren Wunsch hat, klimaneutral zu werden. Aber gerade die Stadt Aachen schafft es nicht, ihre Wohnungen zu sanieren. Die Millionenbeträge, die dafür im Haushalt stehen, sind seit Jahren unangetastet – selbst Fördergelder werden nicht abgerufen. Dabei würde das direkt den Menschen helfen, Energie und Geld zu sparen.

Über ein städtisches Förderprogramm haben wir seit 2020 unzählige Photovoltaikanlagen und Balkonkraftwerke in die Stadt gebracht. Der Fördertopf für 2023 war im August schon leer. Grün-Rot – die selbsternannten Vorkämpfer des Klimaschutzes – streichen jetzt dieses Förderprogramm auf weniger als ein Drittel zusammen. Also auch wieder nur Lippenbekenntnisse?

Mit ihren Sonntagsreden geht es weiter beim Ausbau der Schulsozialarbeit. Denn die Mehrzahl der dafür nötigen Stellen lehnen Sie ab. Sie fordern jetzt erstmal eine Studie, um den Bedarf zu prüfen. Dabei haben 13 Schulleitungen die dringend benötigten Bedarfe gemeldet. Wer bitte, soll es besser wissen, als die Schulen selbst?

Wir möchten, dass die Menschen in Aachen eine Verwaltung erleben, die sich als Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger versteht, und sich für ihre Belange einsetzt. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die besonders auf die Anliegen der Betroffenen eingeht und eine echte Bürgerbeteiligung lebt.

Stattdessen wird die Verwaltung durch die kreative Führung der Oberbürgermeisterin zunehmend verunsichert. Das merkt man zum Beispiel an den Teamtagen, die – obwohl offensichtlich ohne jede rechtliche Grundlage – genau in das Selbstbild einer Oberbürgermeisterin passen, die Vorschriften scheinbar als störend empfindet. Es rumort in dieser Verwaltung und Sie merken es nicht!

Dazu passt es auch, dass versucht wird, immer mehr Entscheidungen aus dem Rat und den Ausschüssen in die Hinterzimmer zu verlagern. Die Folge ist mangelnde Transparenz, viel zu späte Information und eine Reduzierung der Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung auf einen einmal jährlich tagenden Bürgerrat. War echte Bürgerbeteiligung nur ein Lippenbekenntnis?

Eine verkehrte Welt, denn das eigentliche Entscheidungsgremium dieser Stadt ist immer noch der Rat und nicht eine interne Runde der Koalition oder gar der Verwaltungsvorstand. Denn in diesen Runden werden Steuergelder nach Gutdünken verteilt, statt in demokratischen Prozessen klare und für alle verbindliche Regeln zu schaffen.

Wir möchten eine gesicherte und moderne Zukunft für VHS und Stadtbibliothek. Schon 2020 haben wir genau deshalb ein Haus des Wissens gefordert. Deshalb haben wir auch nicht klein beigegeben, als die Oberbürgermeisterin eigenmächtig und ohne Absprache mit dem Rat das „Haus der Neugier“ im ehemaligen Haus Horten beerdigen wollte. Unsere Aufgabe als Rat muss es sein, gemeinsam mit der Verwaltung, die dafür nötigen Strukturen zu schaffen und in der Folge auch die erforderlichen Mittel einzuplanen. Wichtig ist, dass dies klar und transparent im Haushalt und notfalls über einen Nachtragshaushalt, verankert wird.

Im jetzt zur Verabschiedung vorliegenden Haushalt ist kein einziger Cent konkret für das Haus der Neugier reserviert. Stattdessen haben wir den Eindruck, dass über haushaltsrechtliche Kniffe und Änderungen von Erheblichkeitsgrenzen auf das Vierzigfache, sowie der Erhöhung des bislang nie ausgeschöpften Fonds für den strategischen Bodenerwerb um satte 12 Millionen Euro, Spielraum geschaffen werden soll.

Möchte die grün-rote Ratsmehrheit mal eben größere Immobiliengeschäfte durch die Hintertür und auf kleinem Dienstweg abwickeln? Das wäre nicht transparent, sondern gefährdet die Handlungsfähigkeit unserer Stadt. Überlegen Sie mal, warum die Gemeindeordnung für so etwas einen Nachtragshaushalt vorsieht – um die Kämmerin zu quälen? Sicher nicht.

Grün-Rot wird schon wissen, warum sie genau diesen Weg, genau zu diesem Zeitpunkt gewählt haben. Sollen wir mal raten? Weil es sonst keinen funktionierenden Haushalt geben würde.

Für solche Spielchen sind wir als CDU-Fraktion auf jeden Fall nicht zu haben.

Denn dieser Haushalt wird Aachen nicht stärker machen, dieser Haushalt soll nur die grün-rote Koalition an der Macht halten und ihre eigene Überforderung überdecken. Erzählen Sie uns nächstes Jahr nicht, dass alles unvorhergesehen war und darum die Steuern erhöht werden müssen.

Grün-Rot hat mit der Fortschrittskoalition im Bund viel gemeinsam. Nämlich genauso wenig einen Plan für diese Stadt, wie die Ampel für Deutschland.

Und deshalb verrate ich Ihnen jetzt auch kein Geheimnis:

Wir lehnen diesen Haushalt ab.

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 5.1, Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan – Haushaltsreden / 2024 in der Ratssitzung am 13.3.2024

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Stadtdirektorin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Die Haushaltslage der Stadt Aachen ist seit Jahren besorgniserregend. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen, insbesondere beim Gewerbesteueraufkommen, decken die Einnahmen die Ausgaben mittel- und langfristig nicht. Dennoch ist es der Kämmerei für das laufende Haushaltsjahr 2024 gelungen, einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dies liegt jedoch nicht daran, dass etwa Vorhaben, Projekte und Investitionen radikal gekürzt wurden. Wir sind vielmehr in Aachen deutlich besser durch die Krisen der letzten Jahre gekommen als viele andere Städte und Gemeinden. Das Aachener Stadtsäckel profitiert von den außerordentlich guten Ergebnissen der letzten fünf Haushaltsjahre und in ganz besonderem Maße vom Ergebnis des Jahres 2022.

Rekorderträge bei der Gewerbesteuer und außerordentliche Rückerstattungen der Umlage der StädteRegion ergeben einen Überschuss, der im Entwurf für das Haushaltsjahr 2024 nunmehr zu einem äußerst positiven Ergebnis führt.

Die Sorgen vor Rezession durch Corona-Pandemie und Kriegsfolgen waren groß, aber die lokale Wirtschaft ist durch die Hilfszahlungen von Bund und Land besser durch die Krisenjahre gekommen als erwartet. Auch die sehr hohen Schlüsselzuweisungen sind mitursächlich für den guten Jahresabschluss 2022.

Die Kostenerstattungen aus dem NKF-CUIG NRW, die damals noch sehr niedrigen Zinsen und der Umstand, dass ein erheblicher Teil der in den jüngsten Stellenplänen neu geschaffenen Stellen wegen des Fachkräftemangels und der Konkurrenz zur Wirtschaft und zu anderen Kommunen und Gebietskörperschaften gar nicht besetzt werden konnten, hatten ausgabenbezogen einen positiven Effekt.

Die Kämmerin hat es jedoch bei der Haushaltseinbringung am 13. Dezember des letzten Jahres nicht unerwähnt gelassen, dass dieser positive Haushaltseffekt nur für das laufende Jahr gilt, nicht aber für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 und die negativen Faktoren benannt: eine erhöhte Regionsumlage, das Auslaufen der Isolationsmöglichkeit der Pandemie- und Kriegsfolgen, die unter Verletzung des Konnexitätsprinzips stetig neu zugewiesenen Aufgaben durch den Staat, die Ungewissheit über Förderungen des Bundes nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 und vor allem auch die drastische Steigerung der Personalkosten durch die Tarifabschlüsse des Vorjahres. Hinzu kommen Unwägbarkeiten bei der Finanzierung des ÖPNV und die drastisch gestiegenen Baukosten, die jede Investition nicht nur erheblich verteuert, sondern auch verzögert.

Wir Freien Demokraten haben uns bereits im Mai des vergangenen Jahres ohne Wenn und Aber für die Realisierung des Projektes „Haus der Neugier“ im ehemaligen Haus Horten ausgesprochen. Wenn

man die Chance hat, ein solches Leuchtturmprojekt zu realisieren, sollte man sich nicht mit einer 1B-Lösung zufriedengeben! Wir freuen uns daher sehr, dass nunmehr nach den Oppositionsfraktionen auch die grün-rote Mehrheit ihre Meinung geändert hat und die Umsetzung des Projektes positiv begleiten möchte.

Auch in diesem Jahr möchte ich es nicht versäumen, der Kämmerin, Frau Stadtdirektorin Grehling, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzsteuerung, insbesondere Herrn Kind, Herrn Schoel und Herrn Clahsen sowie auch des Fachbereiches Steuern und Kasse von Herrn Freude zu danken für die hervorragende Arbeit seit der Genehmigung der letztjährigen Haushaltssatzung im vergangenen Frühjahr und vor allem in den arbeitsintensiven Wochen vor der Haushaltseinbringung am 13. Dezember des Vorjahres, also heute genau vor drei Monaten, über die beiden Veränderungsnachweisungen bis zur letzten, in diesem Jahr nur minimalen Anpassung in der bündelnden Sitzung des Finanzausschusses am 5. März.

Die Steuersätze der Gemeindesteuern für das Haushaltsjahr 2024 bleiben gemäß § 6 der Haushaltssatzung weiter bei 525 vom Hundert bei der Grundsteuer B und 475 vom Hundert bei der Gewerbesteuer und damit seit 2014 unverändert. Dies ist für die FDP-Fraktion anerkennenswert und erfreulich! Allerdings wäre eine Erhöhung der Hebesätze, insbesondere bei der Gewerbesteuer, auch nicht zu rechtfertigen, da auch unsere lokale Wirtschaft in Aachen in den letzten Jahren durch Pandemie und Kriegsfolgen und Finanz- und Wirtschaftskrisen sehr gelitten, aber dennoch durch den Fleiß und die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und voraussehendes unternehmerisches Handeln in den Führungsetagen zu den hohen Erträgen auf der Einnahmenseite beigetragen hat.

Wir brauchen auch in Zukunft eine starke wirtschaftliche Grundlage für Europa, Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Aachen!

Um in die ökologische Transformation, soziale Sicherungssysteme und unsere örtliche und überörtliche Sicherheit investieren zu können, ist eine starke Wirtschaft mit gesunden und florierenden Unternehmen die Grundvoraussetzung. Wir Freien Demokraten wollen den Wohlstand in Deutschland halten und ihn durch Wachstum für die Menschen mehren.

Wenn wir also den Abschwung und die Rezession in diesem Jahr vermeiden und den Aufschwung und bessere Zeiten spätestens 2025 wollen, dann müssen jetzt überall rasch wirtschaftspolitische Maßnahmen eingeleitet werden.

Es gibt eine ganze Reihe von Parametern, die in diesem Zusammenhang relevant sind. Da sind einmal die wirtschaftspolitischen Eckdaten und die Energiepreise, Steuern und Abgaben und die Bürokratie auf allen Ebenen des öffentlichen Handelns.

Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland. Die steuerlichen Belastungen für die Unternehmen und auch für die Menschen in unserem Land sind außerordentlich hoch.

Daher müssen wir – auch in Aachen – die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort deutlich verbessert werden, so dass private Investitionen attraktiver werden und sich wieder lohnen.

Immer noch dramatisch hohe Energie- und Rohstoffpreise, steigende Inflation, fragile Lieferketten und teilweise unfaire Konkurrenz aus China und anderen Niedriglohnländern machen den Unternehmen schwer zu schaffen. Bei der Bevölkerung führen die ungünstigen Rahmenbedingungen zu einer deutlichen Kauf- und Investitionszurückhaltung, auch wenn das Weihnachtsgeschäft 2023 wieder etwas besser war.

Die größte Herausforderung besteht jedoch im Arbeits- und Fachkräftemangel. Die Wirtschaft sucht händeringend Fachwirte, Auszubildende, Handwerksmeister und Mitarbeitende mit akademischem Abschluss.

Dies gilt natürlich auch für die öffentliche Verwaltung der Stadt Aachen, die ja auch auf dem Arbeitskräftemarkt in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft steht. Im letztjährigen Stellenplan 2023 wurden netto 267 zusätzliche Stellen neu eingerichtet. Dieser Stellenzuwachs wurde allein für den Personalkostenverbund mit einem Mehrbedarf von knapp 12 Millionen Euro eingeplant.

Leider konnten jedoch viele neue Stellen für zusätzliche Feuerwehrkräfte, Ordnungsbedienstete, Planerinnen und Planer, Erzieherinnen und Erzieher sowie IT-Expertinnen und Experten gar nicht besetzt werden. Dafür muss die Stadt Aachen auch neue Wege in der Personalfindung beschreiten und beispielsweise frühzeitig die Studierenden der Aachener Hochschulen und insbesondere der RWTH für den öffentlichen Dienst ansprechen, interessieren und anwerben, wie jetzt beispielsweise bei der Bauaufsicht durch den Fachbereichsleiter, Herrn Klee.

Bei aller Kritik, den die Aachener Politik im vergangenen Jahr hier und da an der Verwaltung geäußert hat, möchte ich hier auch einmal ein großes Kompliment nicht nur für hervorragende Arbeit, sondern darüber hinaus innovative Ideen aussprechen, die neuen frischen Wind in die Verwaltung bringen!

Enttäuscht sind wir Freien Demokraten dagegen, dass die in der letztjährigen Stellenplatzdiskussion und Haushaltsdebatte von den Oppositionsfraktionen geforderte Aufgabenkritik der in den letzten Jahren nach Wegfall der Wiederbesetzungssperre 2018 neu eingerichteten Stellen vollkommen ausgeblieben ist und damit die Chance verpasst wurde, zu untersuchen, wie der Arbeitsdruck in der Verwaltung gemindert, die Mitarbeitenden entlastet und der Service der Dienstleitungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.

Nicht nachvollziehen kann die FDP-Fraktion auch, dass die grün-rote Mehrheit nicht über ihren Schatten springen konnte und die in den Beratungen im Schulausschuss geforderte Einrichtung von wenigstens 11 weiteren Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern nicht mit der Opposition beschließen wollte. Hier wird an der falschen Stelle bei den Kleinsten gespart. Übrigens nicht nur hier: sondern auch bei der von der RWTH aufgeschobenen Wiedereinführung des Lehramtsstudiums für Grundschule in Aachen. Wir brauchen diese neuen Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer dringend in Aachen – und zwar so bald wie möglich.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen lehnt den Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung 2024 und der mittelfristigen Finanzplanung wegen falscher politischer Gewichtung und falscher Prioritäten ab.

Es kann nicht angehen, dass wegen der Planung eines neuen überbreiten Radweges in einem Gewerbegebiet 250 Firmen um ihre Existenz fürchten müssen. Mit dieser völlig fehlgeleiteten Verkehrspolitik mit dem Wegfall von rund 100 weiteren Parkplätzen werden weitere Kunden vergrault, die dann eben anderenorts einkaufen gehen! Und dies nur, um den Maximalforderungen des Radentscheids genüge zu leisten, dem im Übrigen die FDP-Fraktion nicht in allen Punkten zugestimmt hat, um sich gerade eine Einzelfallentscheidung an den jeweiligen Örtlichkeiten vorbehalten zu können. Richtigerweise argumentieren die Unternehmen am Grünen Weg, dass man in einem Gewerbegebiet nicht dieselben Maßstäbe anwenden kann wie in Wohngebieten und Hauptverkehrsstraßen.

Auch der ÖPNV wird von der grün-roten Mehrheit aus ideologischen Gründen vernachlässigt. Letztes Jahr wurde von der CDU nochmals in den Haushaltplanberatungen beantragt wenigstens eine Buslinie durch den Bereich innerhalb des Grabenrings zu führen. Natürlich vergeblich!

Und in diesem Jahr werden die Planungen des Südeingangs am Hauptbahnhof wieder auf die lange Bank verschoben!

Eine Mobilitätspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen und gerecht behandelt, sieht für die FDP anders aus!

Im kommenden Jahr 2025 ist Wahljahr: neben einem neuen Bundestag können die Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl auch neue Stadt- und Gemeinderäte, Bezirksvertretungen und Hauptverwaltungsbeamte wählen und wir Kommunalpolitiker nach den Krisenzeiten der vergangenen Jahre auch wieder alle diese Themen Finanzen, Wirtschaft, Wohnungsbau, Schul-, Klima-, und Mobilitätspolitik politisch diskutieren und darüber trefflich inhaltlich streiten.

Das ist unsere Aufgabe und das wird von den Wählerinnen und Wählern von uns erwartet. Und nur dann können wir alle auch weiterhin davon ausgehen, dass populistische Kräfte am äußersten rechten und linken Rand in Aachen nicht erstarken und die Entscheidungen der demokratischen Parteien zumindest beeinflussen können.

Der städtische Haushalt wird aber leider im nächsten Jahr deutlich schlechter dastehen als hier und heute. Das wage ich einmal zu prognostizieren, auch wenn ich natürlich nicht darauf hoffe, dass wir unsere kommunale Selbstverwaltung durch Haushaltssicherung verlieren. Wir werden aber mit Sicherheit den Gürtel enger schnallen müssen, um Standards zu erhalten und Investitionen in die Zukunft der Stadt Aachen planen und vor allem umsetzen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin, Frau Stadtdirektorin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

Leo Deumens

Haushaltsrede 2024

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Frau Grehling, und Ihren Mitarbeitenden für die Erstellung des Haushaltsplans bedanken. Angesichts der politischen Entwicklungen der letzten Jahre ist diese Arbeit nicht gerade einfacher geworden.

Meine Damen und Herren! Die weltweiten Krisen und Herausforderungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Menschen auch in unserer Stadt. Auf Grund der drastisch gestiegenen Preise in vielen Bereichen wissen immer mehr Einwohner*innen nicht, wie sie ihre Lebensmittel sowie Strom und Gas bezahlen sollen. Unabhängig von den Krisen in der Welt steigen die Mieten seit Jahren enorm an, so dass sich Viele selbst das Wohnen nicht mehr leisten können.

Nun hören wir aus der Bundespolitik, dass wir Alle den Gürtel enger schnallen müssen, was ein Hohn gegenüber den sozial Benachteiligten und an Sarkasmus nicht mehr zu überbieten ist. Wir sitzen zwar alle im gleichen Boot, aber auch, um den Kabarettisten Volker Pispers zu zitieren, „auf verschiedenen Decks“. Wenn nun die Regierung angesichts der von ihr verursachten Haushaltskrise ausschließlich auf Einsparungen setzt, die in erster Linie Menschen mit wenig Geld treffen, und Einnahmeerhöhungen, z. B. durch Steuererhöhungen für Superreiche, erst gar nicht in Erwägung zieht, ist das ein Skandal. Hierzu passt, wenn auch etwas überspitzt formuliert, ein Zitat von Oscar Wilde: „Sparsamkeit armen Leuten zu empfehlen, das scheint mir ebenso lächerlich wie beleidigend. Es ist, als ob man einem Verhungerten riete, weniger zu essen“. Hinzu kommt, dass die Einsparmaßnahmen der Bundesregierung auch soziale Einrichtungen bei uns in Aachen treffen können. Hier wird man in nächster Zeit genau hinschauen und kommunalpolitisch gegensteuern müssen. Es bleibt wieder nur zu konstatieren, dass die unterfinanzierten Kommunen mit den zunehmenden Problemen allein gelassen werden.

In den vergangenen Monaten sind abertausende Bürger*innen auf die Straße gegangen, um gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie zu kämpfen. Das ist gut und wichtig. Aber es braucht auch eine Politik, die die Menschen für eine Demokratie begeistert, die die Nöte und Probleme der Menschen ernst nimmt. Hier ist vor allem eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu nennen.

Eine solche Politik findet aber auch in der Koalition von GRÜNEN und SPD in Aachen allenfalls bedingt statt. Sie betreibt eine Mobilitäts- und Klimapolitik, die die sozialen Fragen außer Acht lässt. Aber es sind gerade die Weichenstellungen und Maßnahmen im sozialen Bereich, die die Gesellschaft zusammenhalten.

Nun kann die Kommunalpolitik die zunehmende Armut und soziale Ungleichheit nicht beseitigen, aber sie kann deren Folgen abmildern und verringern, um allen Menschen eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Doch genau das leistet diese Koalition nicht.

Meine Damen und Herren! Wie sich die Energiekosten weiterentwickeln, wissen wir nicht. Aber Strom und Gas werden sehr teuer bleiben, und darum wird sich für immer mehr Einwohner*innen die Frage stellen: Wie soll ich das bezahlen? Damit Menschen nicht frierend im Dunkeln sitzen müssen, hat unsere Fraktion im Sozialausschuss einen Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren in Höhe von 200.000 Euro beantragt. Er wurde, übrigens schon zum wiederholten Mal, abgelehnt.

Immer mehr Bürger*innen beziehen Grundsicherung im Alter, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Im November 2023 waren dies in Aachen 3.781 Personen, wobei anzumerken ist, dass die Dunkelziffer sehr hoch ist. Nun steht aufgrund der Neuerungen beim Bürgergeld z. B. einem Rentnerehepaar 20.000 Euro Schonvermögen zu. Das müssen die Betroffenen aber auch wissen, damit sie nicht erst dann die Grundsicherung beantragen, wenn das Ersparte aufgebraucht ist. Aus diesem Grund wollte Die Linke 10.000 Euro für eine entsprechende Öffentlichkeitskampagne in den Haushalt einstellen. Aber selbst hierzu war die Ratsmehrheit nicht bereit.

In Aachen eine Wohnung zu finden, die man auch bezahlen kann, wird immer schwieriger. Neben der Tatsache, dass in den kommenden Jahren viele öffentlich geförderte Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, plant das Landeskommunalministerium die Anhebung der Bewilligungsmieten, d. h. dass Anbieter für neu gebaute Sozialwohnungen eine deutlich höhere Miete verlangen dürfen. Was den Investoren die Taschen füllt, lässt Menschen mit wenig Geld verzweifeln.

Aber es muss auch gegen den spekulativen Leerstand von Wohnungen stärker vorgegangen werden. Hierzu muss die Wohnraumschutzsatzung noch konsequenter angewandt werden. Deshalb hat unsere Fraktion eine Stelle für die Kontrolle im Außendienst beantragt. Sie wurde von der Ratsmehrheit, wen wundert es, abgelehnt. Die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird von unserer Fraktion schon lange gefordert, und wir begrüßen es, dass sie nun auch von der Ratsmehrheit ins Auge gefasst wird. Eine solche Gründung mag komplex und kompliziert sein, aber eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ist ein wichtiges Instrumentarium, in Zukunft preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Neben den eingangs genannten Belastungen stellt auch die angestrebte Mobilitäts- und Klimaschutzende eine enorme Herausforderung für die Bürger*innen in unserer Stadt dar. Wenn wir die Menschen für die diesbezüglichen Maßnahmen begeistern wollen, müssen wir sie mitnehmen. Ich möchte als Nutzer des ÖPNV jetzt gar nicht darüber sprechen, dass ich mit dem Bus natürlich auch gut von A nach B kommen muß, um das Auto stehen lassen zu können. Es geht der LINKEN vor allem darum, die Menschen sozial mitzunehmen. Mit anderen Worten: Man muß sich das Busfahren leisten können.

Nun hat unsere Fraktion Fahrpreiserhöhungen immer konsequent abgelehnt. In diesem Jahr wollten wir darüber hinaus 1.000.000 Euro in den Haushalt einstellen, um den Preis für das

Deutschland Ticket Sozial deutlich abzusenken. Aber auch bei diesem Punkt erfuhren wir eine klare Ablehnung. Doch die LINKE wird bei diesem Thema nicht locker lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche haben in der Corona-Pandemie besonders gelitten, und die Folgen sind weiterhin deutlich spürbar. Aus diesem Grund ist der Ausbau der Schulsozialarbeit besonders wichtig. Insgesamt werden neun weitere Stellen benötigt, um die festgestellten Bedarfe abzudecken. Bewilligt wurden von der Koalition jedoch nur zwei Stellen. Dies ist traurig für diejenigen Schüler*innen, die einer solchen Hilfe dringend bedürfen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung. Unsere Fraktion hat von Anfang an die Realisierung des Hauses der Neugier konsequent unterstützt. Darum freut es uns besonders, dass sich nun nach einigen Kehrtwenden auch die Ratsmehrheit für ein solches Haus der Bildung und des Austausches für die Menschen in unserer Stadt im ehemaligen Horten-Gebäude entschieden hat. Natürlich sind noch Fragen zu klären und Probleme zu lösen. Aber ich möchte Sie ermuntern, auf diesem Weg nicht den Mut zu verlieren.

Meine Damen und Herren! Angesichts der massiven Herausforderungen und Belastungen gerade für Bürger*innen mit wenig Geld können wir uns auf kommunaler Ebene nicht damit begnügen, soziale Leistungen nicht zu kürzen. Was wir dringend brauchen, sind Investitionen in den sozialen Zusammenhalt. Das jedoch spiegelt sich im vorliegenden Haushaltsplan nicht wider. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion Die Linke ihn ab.

KI- Intro

"ChatGPT schreibe eine Haushaltsrede für die Stadt Aachen:"

Sehr geehrte Damen und Herren,
mein Name ist Dirk Szagunn, und es ist mir eine Ehre, heute vor Ihnen zu stehen, um die Haushaltsrede 2024 für die Fraktion DIE Zukunft im Rat der Stadt Aachen zu halten. Wir befinden uns in einer Zeit des Wandels und der Herausforderungen, aber auch der Chancen und Möglichkeiten. Unsere Stadt Aachen steht vor der Aufgabe, die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und eine lebenswerte Zukunft für alle zu gestalten. *(Pause)*

Das war der Beginn des Entwurfs einer KI, wir machen jetzt besser mit unseren eigenen Gedanken weiter.

(Pause)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren, vielen Dank von unserer Fraktion "DIE Zukunft" an die Oberbürgermeisterin Frau Keupen, Kämmerin Frau Grehling und insbesondere an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt für die Erarbeitung und Vorlage des Haushaltsplans 2024.

Die Haushaltsberatungen 2024 haben diesen Januar angefangen und jetzt ging es dann doch irgendwie relativ schnell, bis wir am heutigen Tag angekommen sind. Wir haben uns frühzeitig mit dem Haushaltsplan befasst und intern Punkte herausgearbeitet, von denen wir in realistischem Maße gehofft hatten, auch Akzente setzen zu können.

Zwei große Schwerpunkte im Haushalt sind das Haus der Neugier und die Wohnungsbaugesellschaft

Zum Haus der Neugier haben wir uns - zusammen mit der Linken - wohl als erste klar positioniert. Wir begrüßen es sehr, dass Koalition und Verwaltung, nach einigem Hin und her, sich hier ebenfalls auf die Lösung "Haus Horten" festgelegt haben. Die Berechnungen der Machbarkeitsstudie haben von Anfang an gezeigt, dass das Haus der Neugier dort schneller und kostengünstiger realisiert werden kann. Dass wir nicht das Haus Horten UND den Bushof stemmen können, darüber herrscht wohl Einigkeit. Schließlich wird dies wohl eins der größten Einzelprojekte, welches die Stadt Aachen jemals stemmen musste. Eine wichtige Entwicklung für VHS, Stadtbibliothek und alle Aachener*Innen. Im Bushof kann dann Wohnraum entwickelt werden, was zu unserem nächsten Thema überleitet.

Wohnungsbaugesellschaft

Wir begrüßen die Planungen für die Entwicklung einer Wohnungsbaugesellschaft. Wohnen ist in Aachen zum Luxusgut geworden. Gestiegene Mieten und ein Mangel an Wohnraum. Es fehlen über 3.000 Wohnungen in Aachen und wir werden in den nächsten Jahren noch mehr Wohnungen brauchen. Zum einen wird es weiterhin mehr Geflüchtete geben, zum anderen ziehen die Aachener Unis immer mehr Menschen nach Aachen - Stichwort Erweiterung Campus West. Die Wohnungsbaugesellschaft ist ein erster Schritt, als Stadt wieder selber Wohnungsbau zu betreiben, nachdem wir, nach 11 Jahren CDU, den Wohnungsmarkt den Investoren überlassen haben, und der Markt es seit dem regelt.

Warum gehen wir da aber nicht noch weiter? Beispielsweise mit der Sparkasse. Die Sparkasse hat dieses Jahr wieder ein hervorragendes Jahr hingelegt und profitiert von den hohen Zinsen. Die Sparkasse dient in Ihrer DNA dem Gemeinwohl und hat mit der "S-Immo" eine Immobiliengesellschaft. Warum wird also hier nicht auch im Bereich sozialer Wohnraum gearbeitet? (Da wird das Publikum hoffentlich lachen.)

Einige kleine Punkte konnten wir in diesem Haushalt verankern.

Kalte Nahwärme

die Stadt Aachen hat sich verpflichtet bis 2030 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dies ist ein knapper Zeitraum!

Um dies zu erreichen, müssen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden. Ein Warten auf die Fertigstellung der kommunalen Wärmeleitplanung und dem nachfolgenden Aufsetzen einzelner Maßnahmen mit den entsprechenden Planungsschritten wird unser gemeinsames Ziel 2030 gefährden. Zirkuläre Systeme mit der Nutzung von Abwärme aus Industrieprozessen, z.B. unserer Süßwarenindustrie, Abwärme aus Rechenzentren, oder die Wärmerückgewinnung aus Abwasser, werden in Aachen weiterhin nicht genutzt! Dabei gibt es dieses Potential in der Stadt.

Wir begrüßen daher das in den Haushalt eingestellte Budget, in Höhe von 30.000 Euro, für die Erstellung eines Konzeptes für "Kalte Nahwärme", auch wenn wir uns hier mehr Budget für eine zügige und großflächige Umsetzung gewünscht hätten. Für die Zukunft wünschen wir uns den Schwerpunkt nicht ausschließlich in dem Ausbau der Fernwärme zu sehen.

Kalte Nahwärme unterstützt auch die heimische energieintensive Wirtschaft!

Öffentliche Toilette

Auf vielfachem Wunsch der Anwohnenden um den Kaiserplatz, haben wir es nun geschafft, ein Budget von 50.000 Euro für die Installation einer öffentlichen, kostenlos nutzbaren Toilette am Kaiserplatz in den Haushalt einzustellen. Besonders an Stellen, wo Menschen viel Zeit draußen verbringen und nicht die Gelegenheit haben, die sanitären Einrichtungen der Gastronomie zu nutzen, müssen wir ein Angebot schaffen, dass niederschwellig für alle nutzbar ist. Um größere Tiefbauarbeiten zu vermeiden und so Kosten zu sparen, wünschen wir uns dort eine Trockentoilette, deren Reinigung und Wartung sichergestellt ist und deren Nutzung für alle kostenfrei ist. Dazu gibt es ein paar gute Beispiele aus anderen Städten, wie z.B. Berlin, Bonn und Essen.

Punkte, die uns aber viel zu kurz kommen, sind Kindertagespflege, Schulsozialarbeit und die Hilfe für Wohnungslose.

Kindertagespflege

Kindertagespflege das lästige Stiefkind bei der Kinderbetreuung. Aktuell sind ca. 700 U3-Kinder in der Betreuung bei Kindertagespflegepersonen. Auch in dem Bereich droht uns eine Verschlechterung der Situation.

Hier ein Zitat aus dem Kitabedarfsplan:

"Darüber hinaus ergibt sich gleichzeitig die Notwendigkeit einer zusätzlichen, intensiveren Akquise für die Qualifizierung neuer Kindertagespflegepersonen, da auch hier aufgrund der zu erwartenden Renteneintritte der „Babyboomer Jahrgänge“ in naher Zukunft viele ihre Tätigkeit beenden werden."

Sprich, wir brauchen dringend neue Kindertagespflegepersonen, weil bald viele ausscheiden werden. Im Kitabedarfsplan stehen ganze sieben Sätze zum Thema "Sachstand und Entwicklung der Kindertagespflege" und in keinem Wort wird erwähnt, wie man neue Kindertagespflegepersonen gewinnen will, bzw. den Job attraktiver gestalten

will. Das Einzige, was erläutert wird, ist das die Familiäre Tagesbetreuung bessere Beratungsangebote schaffen soll. Wir haben den kleinen Betrag von 80.000 € gefordert, mit denen man Krankentage hätte bezahlen können. Dies wurde jedoch abgelehnt! Wir wissen, dass die Bezahlung der Kindertagespflegepersonen in diesem Jahr durch die angepasste Indexierung etwas steigt. Doch darf man nicht vergessen, dass wir bereits mindestens ein Jahr mit einer riesigen Inflation und gestiegenen Energiekosten hinter uns haben. Die Kindertagespflegepersonen haben jetzt also mindestens ein Jahr hinter sich, in dem sie privat den Gürtel enger schnallen mussten. Handeln sie endlich in dem Bereich! Sonst wird der Kitanotstand in Aachen noch zum Kinderbetreuungsnotstand!

Schulsozialarbeit

Wenn die Kleinen dann aus der Kita raus sind, treffen sie in den Schulen auf viel zu wenig Schulsozialarbeiter*Innen. Uns wurde im PVA vorgehalten, nicht alle gesellschaftlichen Probleme ließen sich mit Schulsozialarbeit lösen. Die Schulen haben mit 9 Stellen einen deutlich größeren Stellenbedarf, als diese 2 Stellen, die nun zusätzlich eingerichtet werden. Dabei sollte jeder wissen, das frühe Vorsorge viele Probleme verhindern kann. Diese 9 Stellen in der Schulsozialarbeit hätten übrigens weniger gekostet, als die Telefonrechnung der Stadtverwaltung für letztes Jahr.

Prävention hätten wir in der Pandemie lernen können, schade eigentlich!

Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen im Umfeld ist, aber ich höre eher bedenkliche Berichte aus den Schulen! Wie bei der Klimafolgeanpassung gilt auch hier, die beste Zeit einen Baum zu pflanzen war vor 20 Jahren. Die zweitbeste Zeit ist jetzt. Wir dürfen nämlich auch bei der Förderung von Schüler*innen keine Zeit mehr verlieren, sondern müssen jetzt retten was zu retten ist!

Obdachlose in der Innenstadt

Dieses Jahr gab es einen Brief von den Stadtführer*innen, die sich über den Zustand der Innenstadt beschwert haben. Besonders über das Stadtbild, dass nach Meinung der Stadtführer*innen an vielen Stellen von Wohnungslosen geprägt sei. Ein Problem, dass viele Ursachen hat. Besonders ursächlich sind der schwierige Wohnungsmarkt, ein weiteres Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich, sowie die Nachwirkungen der Pandemie. Gleichzeitig haben alle Fraktionen ein Unterstützungsgesuch der Caritas bekommen, die aus verschiedenen Gründen mehr finanzielle Unterstützung beim Café Plattform und dem Projekt Querbeet brauchen. Leider wurde den beiden Projekten die Unterstützung nicht in vollem Umfang zugesprochen, so dass die Angebote aktuell auf sehr wackligen Beinen stehen und keine Planungssicherheit für die beiden Projekte gegeben ist. Ein Zustand, den wir untragbar finden.

Für das kommende Jahr müssen, aus unserer Sicht, dringend eine sichtbare Verbesserung des ÖPNVs sowie die Anpassung der Hauptsatzung angegangen werden. Speziell der aktuelle Stand der Verbesserung im ÖPNV, genauer gesagt, deren Ausbleiben, ist für eine grün-rote Ratsmehrheit zu wenig.

Wir haben als Fraktion mit uns gehadert. Wir sehen im Haushalt ein paar große gute und richtige Projekte verankert. Trotzdem erkennen wir im Haushalt auch eine soziale Schieflage. Außerdem finden wir in diesem Haushalt zu wenig unserer Impulse wieder. Daher stimmen wir, die Fraktion DIE Zukunft, dem Haushalt 2024 nicht zu.